

Nr. 18, 24 vergriffen.

und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.

J mit Nr. 26 abgeschlossen.

~~Erscheinen eingestellt.~~

Zum ersten Male seit ihrem Bestehen werden
Männer an einer wissenschaftlicher Bedeutung
gleichzeitigen Aufgabe aufeinander, gewiß ein Beweis
dafür.

Es geben uns der selben Bestimmung hin, daß alle
in ohne Unterschied der Nationalitäten sich freudig
an jeder daran, daß weiteren Geschlechtern, denen
daraus nicht bestritten ist, sein, ja, kein noch
so gewaltigen, Zeit verloren gehen darf! Es ist
eines Manges fehlen darf, das die wissenschaftliche
Welt Friedens uns und der ganzen Welt ent-

setzt jedem von uns eine gern erfüllte Vater-
pflicht gebauert werden, daß wir, getreu ihrer
Pflicht des deutschen Völkchens, das Kaiser bei
Anfangen hat, wo im Kampf gegen die so-

Genüßvoll

jedem erwirbt



ZC 738

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.
Fernsprecher N 8538. Redaktionschluss Montag, Mitternacht vor Erscheinen d. Blattes.
Anzeigenpreis für die viergespaltene Beilage 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 1. C 81a, den 11. Januar 1919. VII. Jahrgang.

Krankhafte Erscheinungen.

Zeit jeher haben wir unseren Mitgliedern immer wieder vor Augen geführt, daß der soziale Aufstieg des Lohnarbeiters bedingt würde durch die Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft. Der Gewerkschaftler muß sich daran gewöhnen, den Tatsachen ins Auge zu sehen, auch wenn sie ihm unangenehm sind und sich so gar nicht in den Rahmen seiner Wünsche und Hoffnungen hineinsetzen lassen. In diesem Gesichtspunkte aus sind die folgenden Darlegungen zu betrachten.

Immer Wirtschaftslieben durchlebt augenblicklich eine Entwicklung, die mit Riesenschritten der Katastrophe zueilt. Aber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß Herr Volksanwalter Hugo Soose kürzlich ausländischen Zeitungen erklärte, sie könnten sich selbst überzeugen, daß in Deutschland und selbst in Berlin alles richtig sei und das eben seinen gewöhnlichen Gang habe. Außerlich betrachtet, das Bild ändert sich sofort, wenn man den Dingen nachsieht, die unter der Oberfläche spielen. Was wir hier erleben, ist nicht Ruhe und erst recht keine Ordnung, rein gar nichts ist zu tun, sondern es ist bereits der Anfang der Anarchie.

Wir nicht zu schweigen, machen, beweisen die Marmite, die nicht fast gleichzeitig in der links-demokratischen und sozialdemokratischen Presse laut werden, und die in merklicher Uebereinstimmung und gegenseitiger Ergänzung auf den furchtbaren Ernst der Lage hinweisen, vor der wir stehen. ... so geht es nun nicht mehr weiter. Nicht in ein paar Wochen. Deutschland steht am Rande einer unbeschreiblichen Katastrophe. „Ganz dicht!“ stellt Georg Berner in seinem Aufsatz „Das wirtschaftliche Massenrad“ in „Woll. Rte.“ (Nr. 641) fest. Geradezu verzweifelt aber hat sich der „Vorwärts“. „Ein Tod und Leben unserer Vorkriegszeit“ hat er seinen Appell an die Vernunft überlassen. „Wende Zeichen der Zeit“ Die Lage hat aber ein eminent gewerkschaftliches Interesse.

Wohl dem Mangel an öffentlicher Ordnung und der Unklarheit aller Rechtsverhältnisse sind es zwei Hauptursachen, die den Lohnarbeitern ein solches Verhalten einflößen. ... die Zahl der streikenden Arbeiter ...

... die Zahl der streikenden Arbeiter ...

neuem beginnen und mehr, immer mehr verlangen. Gibt der Arbeitgeber auch ihnen schließlich nach, weil ihm unter dem Zwange der Verhältnisse gar nichts anderes übrig bleibt, tritt eine so erhebliche Verschärfung der Lohnverhältnisse ein, daß den ungelernete mit einem Male erheblich mehr als der jahrelang beschäftigte Qualitätsarbeiter erhält. Die Folge davon ist, daß sich wieder diese Kategorie melden. Sind diese befriedigt, stehen die Angestellten auf. Dann beginnt der Kreislauf von neuem.

Somit im Land damit geht eine ungeheuerliche Lohnpolitik. Herr v. Siemens von dem bekannten Berliner Elektrizitäts-Großunternehmen teilte dieser Tage in einem Kreise von Geladenen mit, daß in seinen Werken die streikenden Arbeiter allein insgesamt Mehrlohn von etwa hundert Millionen Mark verlangten, während der Gesamtjahresertrag des Unternehmens nur dreizehn eine halbe Million Mark abwerfe, nachdem die Löhne von 118 Millionen im Frieden bereits auf 208 Millionen Mark im Kriege hinaufgegangen seien. Die Firma Krupp hat sich gezwungen gesehen, die Entlassung von ungefähr 200.000 Arbeitern zu erwägen, weil sie keine Beschäftigung hat, und weil die Gefahr besteht, daß das Werk infolge der Aufzehrung des Aktienkapitals zusammenbricht. Daß diese wilde Lohnpolitik die Zerkleinerung des Betriebskapitals, von der der „Vorwärts“ sagt, daß sie die Not in späteren Tagen auf das ungeheuerlichste verschärfen und eine unerträgliche Situation auf dem Arbeitsmarkt schaffen müsse, herbeiführen muß, ist klar. Klarend stellt der „Vorwärts“ fest, daß bei einem Teil der Arbeiterschaft eine blinde Jagd nach Geld ausgebrochen sei, die alles zerstören müsse, was für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendig sei, und er fügt beidwährend hinzu: „Bedenkt man denn nicht, daß wie durch den Krieg vollkommen ausgepumpt sind, und daß Deutschland unter der Last denkender Armut leidet? Gerade muß man den Mut haben, den Massen reinen Wein einzuschenken über das, was das deutsche Wirtschaftsleben jetzt leisten kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch beizubringen voll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen, und sich an der Zerkleinerung unserer Werte mitanzuerken und das Volk auf die Höhe des früheren Wohlstandes zurückzuführen. Es ist verbrecherisch, die Arbeiter anzureizen, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft allen gleichmäßig zu geben vermag. Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Löhnen erlangen, muß in der unvermeidlich kommenden kühleren Zeit die übrige Masse der Arbeiter an ihrem Lebensnerv verlor.“ Wir verzichten darauf, den eigenen Reiz auszuholen. ...

seine schwebende Hand über das bedrohte Kapital halten muß. Aber wir fragen: Wird der Appell an die Vernunft und wirtschaftliche Einsicht der Massen heute noch den gewünschten Erfolg haben? Was hat die Sozialdemokratie an positiver Erziehungsarbeit geleistet, um in den Massen das Bewußtsein für die wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliche Möglichkeiten zu wecken? Jahrzehntlang hat man ihnen gepredigt, daß das Kapital der Feind und die Sozialisierung das zu erstrebende Ziel sein müsse. Was liegt näher, als daß diese Massen, die sich größtenteils noch in der Romantik des Sozialismus bewegen, nun, wo sie zur Macht gelangt sind, glauben, sie könnten nichts Eiligeres und Besseres tun, als dem verhassten Kapitalismus den Garau zu machen und ebenso eilig an seine Stelle den Sozialismus zu setzen. Darin aber liegt das Moment, das unsere ohnehin schon furchtbar ernste wirtschaftliche Lage weiterhin ungeheuerlich verschärft. So rächt sich jede Schuld auf Erden.

Gleich weittragend sind die Folgen, die der Mißgang der Arbeitsleistungen notwendig herbeiführen muß. Auch hier macht sich die Gedankenwelt der Romantik des Sozialismus in verhängnisvoller Weise geltend. Bekanntlich war kein Buch der sozialdemokratischen Reichsbildereien so begehrt wie Bebel's „Die Frau“. In diesem Buch hat Bebel einen Plan entworfen, wie er sich die Sozialisierung denkt, und er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß im sozialistischen Zukunftstaat eine tägliche Arbeitszeit von nicht mehr als 2-3 Stunden notwendig sein werde. Wie stark diese Gedankengänge in der breiten Masse der Sozialdemokratie trotz der Ablösung des romantischen durch den sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus heute noch lebendig sind, davon kann man sich im täglichen Verkehr immer wieder überzeugen. Das übrige besorgt die Agitation der unabhängigen Sozialdemokraten. Als durch das bekannte Abkommen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Achtstundentag, eine Forderung, für welche die Sozialdemokratie jahrzehntlang am 1. Mai demonstrierte, verwirklicht wurde, schrieb die unabhängige „Freiheit“ dem Sinne nach: Der Achtstundentag hätte wohl im seligen Bourgeoisstaat die Arbeiter mit Genugtuung erfüllen können, jetzt aber fordern sie den Sechstundentag. Es war der „Vorwärts“, der damals mit treffender Satire bemerkte, daß man mit dieser Vogt ja wohl bald beim Nullstundentag angekommen sein würde. Aber jene Agitation hat doch ihre Wirkung getan. Man arbeitet willkürlich in vielen Betrieben nur noch 5 und 6 Stunden, und keineswegs immer wegen fehlender Arbeitsaufträge oder um den Seeresentfahnen Arbeit zu verschaffen, wogegen nichts zu sagen wäre. Man hält ausgedehnte Beirprechungen während der Arbeitszeit ab, läßt sich aber den Lohn voll bezahlen. Dabei sind wir in die zwingende Notwendigkeit verriet, nicht zu arbeiten, als wir jemals gearbeitet haben, wenn wir auch nur die notwendigsten Bedürfnisse decken, ja wenn wir überhaup leben wollen. Was bisher geküßelt worden ist, war ein Kinderpiel im Vergleich zu dem, was in Zukunft wird geleistet werden müssen“, schreibt Bernhard in dem schon erwähnten Artikel in der „Voll. Zeitung“, und er fährt fort: „Die Hände Arbeit wird es allein gar nicht mehr schaffen können... Maschine und Hand, Organisation und Disziplin werden sich verwenden müssen, um dieartigen Systeme auszudenken, die der Arbeit den größten Nutzeffekt abzwängen. Und gerade jetzt, wo der notwendige Übergang zu solch erhöhter Arbeitsintensivität und Produktivität geschaffen werden muß, feiern die Hände Arbeit nicht die Zeit, verläßern die Arbeiter sich in Diskussionen, ob und wann die Sense geschlachtet werden soll. Sie berechtigt so sagen: daß sie nicht einmal einen Mann satt macht,

gleichweige denn für ein ganzes Volk zur Sättigung reicht. Wie soll das werden?“

Nicht übersehen werden darf, daß die schlimmste Sackgasse unseres Wirtschaftslebens aus der Unsicherheit unserer gesamten politischen Situation sich ergibt, wie ja auch die vorbeschriebenen Zustände nur infolge der völligen Orientierungslosigkeit von oben sich haben so breit machen können. Auch der „Vorwärts“ sieht die „heißlose Verängstigung und Verunruhigung von Industrie und Gewerbe“, die, wie er meint, „durch die überverstandene Propaganda eines unsinnigen und phantastischen Vorkommunismus“ hervorgerufen würde. Aber was geschieht von der Regierung um nun endlich, in zwölfter Stunde, mit starker Hand durchzugreifen und Ordnung in das Chaos zu bringen. Der jetzige Volksbeauftragte Scheidemann hat einmal die alte Regierung zum Handeln aufgefordert mit dem wertenden Hinweis, die Uhr stehe auf fünf Minuten vor zwölf. Uns scheint, die heutige Lage ist unendlich viel ernster, als sie es damals war, und der Zeiger unserer Wirtschaft steht bereits auf einer Minute vor zwölf. Wird die Regierung nun endlich handeln? Oder sollen wir auch jetzt ein „Zu spät!“ erleben? Die Folgen wären nicht auszuendenken.

Was uns die Revolution nicht gebracht hat?

1. Keinen Waffenstillstand und Frieden. Der erstere war schon vor der Revolution beschlossen und auf den Frieden warten wir noch heute.
2. Keine Beiräumung der Militär-Diktatur. Durch die Einführung des parlamentarischen Systems war die Kommandogewalt aufgehoben. Das Volk selbst hatte bei diesem System es vollständig in der Hand sich seine Befehle an allen Gebieten selbst zu geben.
3. Keine Verbesserung in der Lebensunterhaltversorgung. Wenn nicht der Friede baldigst kommt, steht eine weitere Verschlechterung in Aussicht.
4. Keinen Achtstundentag; denn er war schon vor der Revolution mit den Unternehmern vereinbart.
5. Keine wahre, rechtliche Volksregierung.
6. Keine Erparnisse, wohl aber zunehmende Millionenausgaben.
7. Keine Gleichheit; denn die Günstlingswirtschaft ist immer zur weitläufigen Umföhrer.
8. Keine Freiheit, weder dem einzelnen, noch der Gesellschaft, noch der Presse.
9. Keine Aufrichtigkeit; denn die Gewalthaber zerren die politische Verbindung mit dem Volke.

Was sie uns aber gebracht hat.

1. Ein webrisches Deutschland. Auslieferung an die Hände auf Gnade und Ungnade.
2. Eine auf unangemessener Gewalt beruhende sozialdemokratische Regierung ohne Berechtigung, eine gesetzlose Willkürherrschaft.
3. Die Verarmung aller andern Tausenden, namentlich der arbeitenden Volksschreie.
4. Die Gefahr des Verlustes der Kulturgüter der früheren bestehenden Staatseinrichtungen. Von Kulturkampf um die Kulturkämpfe in ähnlicher Form.
5. Ein Darniederliegen aller Erwerbsstände, Handel, Industrie und Landwirtschaft infolge der politischen und wirtschaftlichen Unruhe, die jetzt und in der Zukunft.
6. Ein Verdröppeln des Beamtenbesatzes und damit ein Staatsausgaben. Eine reinige Vergewandung von Staatsvermögen.

ne das Allgemeinwohl bedrohende Begehrlichkeit we-
 der Teile des Volkes nach fremdem Eigentum und damit
 die Erhöhung der Rechtsunsicherheit für Gut und Leben.
 Die Gefahr des Staatsbankrotts und damit eine Ge-
 fahr für das Vermögen der Träger der sozialen Einrich-
 tungen wie Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten,
 Bergbauhilfskassen, Starbekassen, Volksversicherungen
 usw.

Gegenüber den Lobrednern der Revolution, die nur einzig
 und allein einige schwache Seiten der gewalttätigen
 Umwälzung kennen wollen, müssen auch diese harten Tat-
 sachen einmal mit aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

Aus unseren Sorgen.

Neuregelung der Feuerungszulagen in Boffau. Auf
 Grund unserer an den Magistrat gerichteten Eingabe ist
 folgende Neuregelung der Feuerungszulagen erfolgt: Der
 Preiszuschlag wurde von 8 auf 15 Pfennige pro Stunde,
 die monatliche Kriegsfamilienbeihilfe für verheiratete Ar-
 beiter von 12 auf 20 Mark, für ledige Arbeiter sowie für
 Arbeiterinnen auf 12 Mark erhöht. Außerdem wurden ein-
 malige Feuerungszulagen für verheiratete Arbeiter in Höhe
 von 250, für Arbeiterinnen und ledige Arbeiter von 150
 Mark gewährt.

Weiden. Auf den Antrag unseres Verbandes hin ge-
 hört der Magistrat einmalige Feuerungszulagen in Höhe
 von 100 Mark für verheiratete Arbeiter und 50 Mark für
 Arbeiterinnen und ledige Arbeiter. Nachdem der Erhöhung
 der Löhne bezw. Gewährung eines Kriegslohnzuschlages
 stattgegeben ist, wird der Verband in dieser Angelegen-
 heit besonders vorgehen müssen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Klassenkollaterale oder Klassenkollaterale? Auf diese Frage gibt
 die Reichheitszeitung „Neue Ära“ in der „Neuen Zeit“ (Nr.
 1918), dem wissenschaftlichen Erben der alten Sozialdemo-
 kratie, die folgende, sehr verständige und den Kern der Sache
 treffende Antwort:

„Wir haben offen sein. Mein Reich wird uns helfen. Wir sind
 nicht allein angeworben, und weil wir das sind, deshalb
 werden wir für die kommenden schweren Zeiten alle Kräfte des
 ganzen Volkes. Gleich haben die deutsche Arbeiterklasse den
 Erfahrungen des deutschen Wirtschaftslebens, aber bei der Kom-
 plexität unseres Wirtschaftskörpers und bei den außerordent-
 lichen schwierigen Bedingungen, unter denen dieser Körper in Ju-
 gend um seine Existenz wird ringen müssen, muß jedes Ein-
 zelne zur Mithilfe herangezogen werden. Die Dinge sind nicht
 mehr angetan, daß eine Klasse einfach diktiert. Jene, die die
 Macht wollen, überleben aber die Teilgenüßlichkeit des Deut-
 schen Reiches. Vielleicht ließe sich die Diktatur in einigen Groß-
 und Industriezentren durchführen; in allen anderen
 Ländern des Deutschen Reiches würde sie lächerlich und schmach-
 voll sein. Ganz abgesehen davon, daß bei dem eink-
 geordneten ein längerer Zeitraum das Deutsche Reich sich
 selbst auflösen würde. Auch darf die Bedeutung
 sozialökonomischen Moments auf volkswirtschaftlichem Gebiet
 nicht vergessen werden. Der junge Zustand bedeutet Mithilfe
 und Unklarheit. Würde er länger dauern, so würde
 die Unsicherheit und Unklarheit zur wirtschaftlichen
 Krise führen Deutschland ist ein Industrieamt. Die
 Industrie muß wieder nach Friedensschluß den Kon-
 kurrenz mit den Industrien anderer Länder unter sehr
 ungünstigen Chancen aufnehmen. Der Hauptkonkurrent
 ist im Vorteil und wird sich durch die Friedensschmach-
 tungen im Vorteil sehen. Um den uns, unserem Lande,
 die Industrie unter diesen Umständen bevorstehenden Ge-
 fahr zu begegnen, muß es nicht nur der deutschen
 Arbeiterkraft, dazu bedarf es auch der deutschen Intelligenz, der
 deutschen Jugend, des deutschen Organisationstalentes, die
 sich nur aus der Gesamtfunktion des Volkes ergeben.“

zur Konkurrenz zu befehlen, dazu bedarf es nicht nur der deutschen
 Arbeiterkraft, dazu bedarf es auch der deutschen Intelligenz, der
 deutschen Jugend, des deutschen Organisationstalentes, die
 sich nur aus der Gesamtfunktion des Volkes ergeben.“

Ganz unsere Meinung. Bedauern muß man nur, daß die
 Sozialdemokratie in diesem Sinne nicht früher schon Erziehungs-
 arbeiten an den Massen geleistet hat. Es wäre ihr dann jetzt
 viel häßliche Sorge und dem Volksganzen großer Schaden er-
 spart geblieben.

Arbeiterbewegung.

Die Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der
 Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist vielerorts von den Arbeiter-
 räten versucht und teilweise auch durchgeführt worden. Nament-
 lich dort, wo die radikalen Elemente — Unabhängige und Sparta-
 tinen — die Oberhand haben, hat man zu den Gewerkschaften
 ein Verhältnis herausgebildet, das für die wirklichen Interessen
 der Arbeiter zum größten Schaden werden muß. Jetzt steht eine
 Konferenz-Konferenz der „freien“ Gewerkschaften sich zu fol-
 gender Entscheidung gezwungen:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erblickt in
 der von einzelnen Arbeiteräten verübten Ausschaltung der
 Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhält-
 nisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse,
 als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiteräte als
 politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der
 wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die
 in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die
 insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu
 reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrich-
 tungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche
 Organisationsapparat, sind unerlässliche Vorbedingungen für eine
 wirkungsvolle Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der
 Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiteräte oder
 durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Ge-
 samtarbeiterklasse ersetzt, muß das zu einer Verarmung unserer
 Wirtschaftsliebenden, und somit zur schwersten Schädigung sowohl
 der Arbeiter in der Heimat als der aus dem Felde heimkehr-
 enden Soldaten führen, die an Stelle von Arbeitsbediensteten und
 Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Organisations-
 kräfte der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht. Die
 Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse,
 der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ent-
 gegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die
 stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaft-
 lichen Arbeiterinteressen.“

Das Einmischen der Arbeiteräte in das gewerkschaft-
 liche Aufgabengebiet oder gar in Betriebsfragen ist nichts weiter
 als grober Mißbrauch. Wo es versucht wird, sollten die Ortsgruppen
 auf das schärfste Stellung dagegen nehmen.

Die sozialistische preussische Regierung hat zu den Lohnbewe-
 gungen in den Staatsbetrieben folgende Verordnung erlassen:

„Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in der letzten
 Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die
 schwerste Befürchtung erwecken und weite Gebiete der Güter-
 erzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerteste
 der unvermeidlichen Folgen davon kann nur Arbeitslosigkeit und
 Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Be-
 ziehung den gleichen Bedingungen wie die privaten. Weder Berg-
 bau noch Eisenbahn können es so lange Zeit ertragen, daß ihre
 Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber
 bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur
 gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwohnen der
 Lohnausgaben über das Maß des Erträglichsten hinaus mit Festig-
 keit entgegenzutreten. Die Herren Administratoren werden deshalb
 ersucht, an die beantragende Lohnforderungen zwar in voller

Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu unterliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährd. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuziehen.

Kundtschen.

Licht und Schatten. Jetzt, wo gewisse Leute sich nicht genug mit dem Gedanken, die Forderungen der Revolution über die Grenzen des Landes hinaus weiter zu tragen. In einem Aufsatz: „Woran es fehlt“ (Dieb. Nr. 50) stellt der bekannte linksrheinische Publizist Paul Rohrbach eine interessante Kritik des Kundtschen der Revolution und ihrer Regierung an. Wohlmeinend und aufrichtig, aber nicht fähig, in das Verstandes er über die Revolution fällt. Und von der Revolution sagt er, es sei ihre innerlich unüberwindliche Schwäche, daß sie das Vaterland wehrlos machte vor seinen grimmigsten Feinden, eine Schwäche, die nur dadurch hätte verhindert werden können, daß die moralische Würde des deutschen Volkes von dem Augenblicke an bewahrt worden wäre als vorher. Statt dessen sei es nicht besser geworden, sondern schlechter.

Es war keine hoffnungslose Aufgabe, die Abänderung des Rechtsfriedens unter den Gutenwollenden zu stärken, denn sie besaßen bereits eine gewisse Kraft. Sie wurden jedoch überannt, als die Propheten der Brutalität und des Hasses der Masse damit die Christen vollstreckten konnten: Deutschland wirft alles was Würde und Ehre, es läßt sich knebeln und treten, wozu da noch Mühen nehmen! Diese Wendung war fatal, sobald die Revolution unsere letzte Wehr zerbrochen hatte. Nun hätte die Regierung sich aufrufen, den Fehler zu beuge und, nachdem der materielle Widerstand unmöglich geworden war, mindestens den moralischen durch ganz Deutschland organisierten und führen sollen. Es ist ein tägliches Schauspiel, zu sehen, wie viele Zeitungen der Linken, bürgerliche und sozialdemokratische, eine Haltung einnehmen, als ob es überhaupt nicht mehr etwas zu verteidigen gäbe, was nationale Würde heißt — verteidigen vor allem in dem Sinne, daß die moralische Schwäche des Gegners beseitigt wird. Es ist, als ob das elende und schuldvolle Nichtstun der alten Regierung auf diesem Gebiete die meisten Organe unserer öffentlichen Meinung gefähmt hat. Von jedem lebenden Politiker ist es klar, welchen Plan die Kunde jetzt verfolgen. Zu dem Zweck schreiben sie jetzt von neuem in unendlicher und unermüdeter Wiederholung das alte Verbrechen von Deutschlands Schuld und Strafbarkeit in die Welt hinaus. Antikristliche Marken in Deutschland müssen dazu nichts Besseres zu tun, als noch neues, ungeprüftes Material zu liefern. Sie bilden sich in ihrer Schwachköpfigkeit ein, damit dem Feinde zu dienen und dienen nur dem Ziel der Ausbeutung für Deutschland.

Zu dem Zweck schreiben sie jetzt von neuem in unendlicher und unermüdeter Wiederholung das alte Verbrechen von Deutschlands Schuld und Strafbarkeit in die Welt hinaus. Antikristliche Marken in Deutschland müssen dazu nichts Besseres zu tun, als noch neues, ungeprüftes Material zu liefern. Sie bilden sich in ihrer Schwachköpfigkeit ein, damit dem Feinde zu dienen und dienen nur dem Ziel der Ausbeutung für Deutschland.

Verbandsnachrichten.

Wird die Verlebensbedingungen für das besetzte Gebiet, wird es nicht immer möglich sein, die Zeitungen und das Verbandsmaterial mit der wünschenswerten Pünktlichkeit an die Ortsgruppen gelangen zu lassen. Die Kollegen werden daher arbeiten, diesen Umstand in Berücksichtigung und Materialbeschaffungen frühzeitig anzugeben.

Der Vorstand auf jeder Nummer der Zeitung, Gelde etc. im Zusammenhang der grundlegenden Verbänden, wird die Pflicht haben, diese Besondere Befolgung seiner Zeitungen erbringen zu lassen.

Vom 3. Quartal haben weiter überredet die Ortsgruppen: Köln (Schuldner), Berlin, Düsseldorf (St.), Düsseldorf (G.), Elberfeld, Neuch, Frankfurt und Pottau (G.).

Neue Ortsgruppen wurden gegründet in Görde, Danz, Naden (Straßenbahner), Duisburg, Coblenz, Bonn (Katholiken), Rattowitz und Eschbach.

Der Zentralvorstand.

Literarisches.

Auf Scheidewege. Ein erstes Wort in schwerer Zeit betitelt sich ein Flugblatt, welches seitens des Gesamverbandes der christlichen Gewerkschaften herausgegeben ist. In kurzen prägnanten Sätzen wird der deutschen Arbeiterschaft der Ernst der Stunde vor Augen geführt und ihnen der Weg gezeigt aus diesem Wirrwort wieder herauszukommen. Das Flugblatt ist sehr geeignet, Aufklärung und weite Arbeiterschaften zu tragen und neue Mitglieder für unsere Bewegung zu gewinnen. Den Ortsgruppen wird es kostenlos zur Verfügung gestellt und bitten wir Beteiligungen an der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes, Köln, Venloerwall gelangen zu lassen.

Das öffentliche Unterrichts- und Versorgungswesen ist ein großer Teil unseres Volkes von allerhöchster Wichtigkeit. Es gibt nur wenige Menschen, die nicht in der einen oder anderen Weise damit in Berührung sind. Neben die vielfältigen gesetzlichen Bestimmungen und zahlreichen Verordnungen herrschen den breiten Volksschichten noch wenig Klarheit. Die Zahl der in unzureichend gering, die auch nur über die allerwichtigsten Bestimmungen einigermaßen Bescheid wissen. Gegenüber dieser Unkenntnis ist Belehrung und sachliche Aufklärung dringend notwendig. Diesen Zweck erfüllt in weitgehender und praktischer Weise eine in dem christlichen Gewerkschaftsverlag Köln, Venloerwall 9 erschienene Schrift mit dem Titel: „Handbuch des öffentlichen Unterrichts- und Versorgungswesens“. Mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen (208 Seiten Preis 1,50 Mk.). Aus dem Inhalt seien nur einige Abschnitte erwähnt: Die Kriegswochenblätter, die Versorgung für die heimkehrenden Kriegsbefehlshaber, die Versorgung der Kriegshinterbliebenen, Kriegsteilnehmer, Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegshinterbliebenen, die Ansprüche der Hinterbliebenen an der Sozialversicherung.

Gewerkschaftssekretäre gewählt.

In einigen größeren Ortsverwaltungen unseres Verbandes sollen Beamte angestellt werden. Bewerber für diese Stelle müssen redlich und schriftgewandt sein und seit mindestens einem Jahre einer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und kurzen Lebenslauf sind baldigst an die Verbandsleitung, Köln, Venloerwall zu richten.

Der Zentralvorstand
S. A. Peter Debenbrock



Es starb den Heldentod in treuer Pflichterfüllung
fürs Vaterland der Kollege

Johann Penris,

Mitglied der Ortsgruppe Düsseldorf.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen

Theodor Wingen, Köln
Carl Meermeyer, Paderborn.
Johann Gütling, Würzburg.

Ehre ihrem Andenken!